

Prognose für Montag den 4. Februar.									
Wetter: stille Winde. Regig, um Mittag heiter. Weit trocken.									
<b>Wasserstand der Elbe und Moldau.</b>									
Bemerk. Über Verdunten Meißn. Leipzg. Riesa. Dresd.									
1. Februar + 4 + 28 + 80 + 23 + 6 + 62 - 100									
2. Februar + 5 + 28 + 80 + 23 + 6 + 62 - 100									

## Tagesgeschichte.

### Derabzug über koloniale Finanzpolitik.

In Frankfurt a. M. hielt am Sonntag abend auf Gründung der dortigen Handelskammer Kolonialdirektor Dernburg einen Vortrag über "Koloniale Finanzpolitik", in welchem er sagte: "Meine engere Heimat hat mich durch so viele Auflösungen gelehrt, über koloniales Wesen zu sprechen, von Straßburg und von Kenua, von Karlsruhe, von Darmstadt, von Mainz und nicht zuletzt von Frankfurt a. M. ist man an mich herangegangen. Frankfurt a. M. habe ich aber gewählt deshalb, weil es ist all die genannten Orte der bei weitem am leichtesten erreichbare Punkt ist. Jedenfalls dankt ich Ihnen aus das herzlichste für Ihr zahlreiches Erscheinen und Ihr damit bewiesenes Interesse an der Entwicklung einer der großen nationalen Fragen. Die vielseitigen Beziehungen zur Finanz und die Tatsache, dass Frankfurt der zweitgrößte Sitz des Deutschen Reiches ist, veranlassten mich nunmehr hier zu sprechen über das Thema 'koloniale Finanzpolitik'. Die Entwicklung der Kolonien ist ein kaum mögliches Geschäft, und ein vorrichtiger und vorausschauender Kaufmann will dies wissen, wohin er geht, wenn er auch vielleicht eine oder die andere Lieferung umsonst und vergebens aufstellt. Nach der Erwerbung der Philippinen hatten auch die Amerikaner Veranlassung, sich mit den Fragen der kolonialen Politik zu beschäftigen. Dieser Aufgabe untersagt sich eine Vereinigung, welche die beiden amerikanischen Nachgelehrten einstieß, die 'American Economic Association', die anlässlich die koloniale Finanzpolitik sammlte bis dahin kolonialistisch tätige Nationen einschließlich der deutschen unterließen ließ, und diese Unterlungen sind verantwortlich. Als Resultat seiner Studien glaubt das Komitee die folgenden allgemeinen Empfehlungen aussprechen zu dürfen. 1. Die Finanzen jeder Kolonie sollen ausschließlich im Interesse der Kolonie geführt werden und nicht im Interesse des Mutterlandes. 2. Kein einheitliches System föderaler Wirtschaft kann für Kolonien in verschiedenen Teilen der Welt eingerichtet werden. 3. Jede Kolonie soll, soweit irgend möglich, auf ihre eigenen Einnahmen angewiesen werden, aber das Mutterland kann sehr wohl den Kredit der Kolonie unterstützen oder später rückzahlbare Vorwürfe gewähren. 4. Bei unentwickelten Kolonien, deren Einwohner nicht geeignet sind, wichtige öffentliche Einrichtungen, wie Eisenbahnen, Kanäle, Telegraphensysteme zu leiten, ist es wohl richtig, dass diese Anlagen der Regierung gehören sollen und lieber durch Beamte als durch Privatgesellschaften zu verwaltet werden. Ich schließe hier ein, dass dieser Satz nur so merkwürdig ist, als in Amerika irgendwelches Staats Eigentum weder an Bahnen noch an Telegraphen, noch an Telephones besteht und höchst dort auch durchaus verhorroziert worden ist. 5. Die Auswahl der Einnahmekreise soll in jedem Falle schließen werden in Übereinstimmung mit der ökonomischen und sozialen Lage der Kolonien. 6. Wo die Kolonie so gelegen ist, dass die Entwicklung des Handels mit fremden Ländern den wirtschaftlichen Hauptwert bildet, sollen Einschätzungen sehr niedrig sein bzw. nicht erhöhen werden. 7. In Kolonien mit unentwickelten Wirtschaftsstrukturen soll die Hauptlast für die allgemeine Regierungseinnahmen ein System indirekter Steuern bilden mit entsprechenden Zöllen auf importierte Artikel, wenn diese den von den indirekten Steuern betroffenen Gegenständen ähnlich sind. Lizenzen sollten zunächst eingeführt werden auf einige Artikel allgemeinen Verbrauchs, wie Alkohol, Spiritus und Fleis. Sofern irgend eine Kolonie ausgesprochene Vorteile in der Erzeugung besonderer Konsumartikel, wie Tabak, Tabak, Hanf usw. besitzt, kann es wünschenswert erscheinen, auch hier Lizenzen oder ähnliche Produktionssteuern aufzuerlegen, es ist selbst eine Frage, ob niedrige Exportzölle auf solche Verbrauchsartikel nicht in Ausnahmefällen angewandt werden sollen. Hier schließe ich ein, dass die Konstitution der Vereinigten Staaten solche Ausfuhrzölle für amerikanische Produkte nach anderen Bundesstaaten verbietet, und das deshalb der Satz besonders bedeutsam ist, trotzdem er aus dem eben erwähnten Grunde mit einer gewissen Jagdhaltung vorgetragen wird. 8. Es ist nicht wünschenswert, eine Vergebsübung für lokale Zwecke aufzuerlegen. Dazu sollen Grundbesitz, Lizenzen für Geschäfte und ähnliche Spezialsteuern herangezogen werden. 9. Wo immer möglich, sollen in der staatlichen Verwaltung Aufsichtsbeamte der Kolonie als Beamte gebraucht werden. Als letzte Konklusion müssen die Wünsche des Mutterlandes ausschlaggebend sein. 10. Wohrend der Übergangszeit sind, soweit es möglich, die einheimischen Gebräuche beizubehalten, d. h. das System der Verwaltung der Steuern an Unternehmen, insbesondere die Häupter der Eingeborenen, unter den etwa ersterdlichen Einschränkungen. 11. Ein Beamtenrecht muss über allen Zweiten hinaus die Tüchtigkeit und die Ehrlichkeit des Personals sicherstellen. 12. Wo eine entsprechende Menge tüchtiger eingeborener Arbeiter nicht vorhanden ist, kann man die Zulassung fremder Arbeiter in Erwägung ziehen. Wenn auch vielleicht hinreichende Gründe vorliegen für den Ausschluss ehemalischer Arbeiter aus den Vereinigten Staaten, folgt daraus durchaus noch nicht, dass sie von den Philippinen ausgestoßen bleiben müssen. — Meine Herren! Selbst dieser Satz hat für gewisse belastende Parteien deutlicher Kolonien keine Anwendung. Die reichhaltigen Phosphate, die sich z. B. in den Karolinen auf der Insel Rota vorfinden, können mit den dort ansässigen wenigen eingeborenen Arbeitern nicht gefördert werden, und es ist, da das tropische Klima für europäische Arbeiter nicht geeignet ist, vor wenigen Tagen ein erster Transport von 300 ehemaligen Arbeitern dorthin abgegangen. Die obigen Beiträge enthalten die Quellen der kolonialen Finanzwissenschaft des heutigen Tages.

Der Kolonialdirektor fuhr dann fort: Zunächst ist hier zu erwägen: Welches ist denn der gegenwärtige Stand der Einnahmen und Ausgaben unserer verschiedenen Kolonien, und wie weit kann man überhaupt von einer selbständigen Finanzwirtschaft sprechen. Hierbei muss zunächst von Südwestafrika abweichen, das nach zwei langen Jahren eine außerordentliche Zerstörung an Leben und Eigentum mit sich gebracht hat. Das Land ist, wenn mineralische Schätze nicht in erheblichem Umfang noch nie erloschen werden, minder beginnend. Ein Ende wird dieses Land vielleicht nie werden, aber ein Land, in dem nichts Deutsche ein erfreuliches Dasein in größerer Anzahl führen werden, als jetzt angenommen wird. Ich schließe aus den erwähnten Ursachen deshalb Südwesterla zu zunächst aus.

Dann aber stellt sich die Frage der eigenen Einnahmen unserer Kolonien wie folgt: Ausgeschließlich Südwestafrika betragen nach dem Etat für das Jahr 1906 die eigenen Einnahmen 10.216.000 Mark, für das Jahr 1907 geschätzt 11.840.000 Mark, die fortwährenden Ausgaben 19.820.000 Mark. Zu einemmaligen Ausgaben sind 2.887.000 Mark vorgesehen. Die reine Verwaltung unserer sämtlichen Kolonien ausgeschließlich der militärischen Ausgaben betrug im Jahre 1906 8.820.000 Mark, die reinen Verwaltungseinnahmen 10.920.000 Mark, d. h. die reinen Einnahmen überstiegen die Verwaltungsausgaben um 2,10 Millionen Mark. Vergleicht man dagegen die Aus-

gaben einschließlich derjenigen zur Förderung oder Errichtung werbender Anlagen mit den Gesamtausgaben, so kommt man in den gleichen Jahren auf ein Defizit von rund 8,8 Millionen.

Herr Dernburg ging dann des Nächsten auf die finanzpolitischen Bedingungen und Ausichten der einzelnen deutschen Kolonien ein, streiste dabei allerlei Verwaltungsprobleme und zog zu besserer Verleuchtung der ganzen Frage vergleichsweise auch das englische und französische Verwaltungsschema für Kolonien in den Kreis seiner interessanten Betrachtungen. Kolonialdirektor Dernburg lobt: "Deutschland wird an seinen Kolonien nur dann eine Freude haben, wenn sie verständig und heldenhaft entwickelt werden und die Ausgaben auf ein Richtiges reduziert, die Einnahmen zur Entlastung des Staatsbudgets geteilt werden. Aus allem ergibt sich, dass gemäßigte Selbstverwaltung und Bau von Verkehrswege dazu am geeigneten sind. Das ganze Geheimnis jeglichen Erfolges in Afrika heißt Geduld", sagte schon der berühmte Afrikareisende Nachtigal. "Wir haben wertvolle Besitz in unseren Kolonien. Wir haben verhältnismäßig günstige Einwohnerverhältnisse. Wir haben mancherlei Lebzig bezahlt, aber wir müssen uns darauf einrichten, dass wir noch längere Zeit als Staat keine volle Verbindung unserer Auslagen, als Private nicht überall glänzende Resultate haben werden. Aber die Entwicklung bisher ist nicht unbefriedigend und der Kreis derjenigen, die ein wirtschaftliches Interesse an der Entwicklung nehmend, beständig im Wachsen. Gerade in den letzten Wochen haben zur Evidenz bewiesen, dass die deutsche Nation zur eine Aufgabe dieses Artikels Stils, wie die Entwicklung von Kolonien, Sinn, Verständnis und Willen haben, und sie haben von neuem den Beweis geleistet, dass die deutsche Nation eine Nation der Aktion ist und ein Volk, das einen Glauben an seine Zukunft hat."

**Die Stichwahlen am Sonnabend.**  
die in weiteren 11 Wahlkreisen stattfanden, vollzogen sich überall unter starker Beteiligung der Wählerschaft. Obwohl aus einzelnen Kreisen in früher Morgenstunde des Sonntags die endgültigen Stimmen noch ausstanden, so vermögen doch die Ergebnisse aus den wenigen noch fehlenden Ortschaften an der Tatfläche kaum etwas zu ändern, dass die bürgerlichen Parteien in allen Fällen, wo sie mit Sozialdemokraten in die Stichwahl kamen, die Mehrheit erlangten. Es wurden am Sonnabend insgesamt genannt: 1. Konservative, 1. Reichspartei, 2. Nationalliberalen, 3. Freisinnige, 1. Mitglied der Wirtschaftlichen Vereinigung. Die Sozialdemokraten verloren weitere drei ihrer bisherigen Sitze, also insgesamt 25. Die Konservativen gewannen 2 und verloren 2, die Nationalliberalen gewannen 2 und verloren 1, der liberale Block gewann 2 Mandate. Die Resultate sind im einzelnen die nachstehenden:

**Melk-Hendekrug (bisher konf.).** Gewählt: Schwabach (Inn) mit 11.401 Stimmen gegen Krause (konf.) mit 6.944 Stimmen. Bei der Hauptwahl erhielt Schwabach 4.941, Krause 5.008, Gaigalatz (Ult.) 4.221, Braun (Soz.) 3.942 Stimmen.

**Pinneberg - Elmshorn - Glücksburg (bisher Soz.).** Gewählt: Garstens (Kreis, Baa.) mit 23.882 Stimmen gegen von Elm (Soz.) mit 19.848 Stimmen. Obwohl noch einige Landesbezirke fehlen, ist die Wahl Garstens gesichert. Bei der Hauptwahl erhielt von Elm 19.617, Garstens 14.474, die Nationalliberalen 9.041 Stimmen.

**Prannowitz - Holzminden - Ganderkesee im (bisher Wirtschaftliche Vereinigung).** Gewählt: von Damm (Wirt., Bgg.) mit 12.802 Stimmen gegen Galver (Soz.) mit 10.158 Stimmen. In der Hauptwahl erhielt von Damm 9.990, Galver 9.936, Beck (Kreis, Bgg.) 3.258 Stimmen.

**Rosendorf - Greifswald (bisher Soz.).** Gewählt: von Steinäder (Stol.) 22.790 Stimmen gegen Körken (Soz.) 18.389 Stimmen. Bei der Hauptwahl erhielten die Sozialdemokraten 17.162, die Konservativen 17.080, die Liberalen 14.422 Stimmen.

**Saggenow-Grevesmühlen (bisher konf.).** Gewählt: Graf Bothmer (wildl.) gegen Reitich (konf.). Am 25. Januar erhielt Reitich 6.853, Graf Bothmer 6.644, der Sozialdemokrat 5.075 Stimmen.

**Schwerin-Bismarck (bisher konf.).** Gewählt: Drösser (konf.) 12.142 Stimmen gegen Starostoff (Soz.) 8.811 Stimmen. Am 25. Januar erhielten die Sozialdemokraten 9.728, die Konservativen 8.572, die Nationalliberalen 8.071 Stimmen.

**Parthen-Budapest (bisher Kreis, Baa.).** Gewählt: Pachnicke (Kreis, Bgg.) gegen Dr. Dade (konf.). Am 25. Januar erhielt Pachnicke 7.438, der Liberale 6.811, der Sozialdemokrat 5.761 Stimmen.

**Malchin-Baren (bisher konf.).** Gewählt: von Matzahn (konf.) mit etwa 3.000 Stimmen Mehrheit gegen Lorenz (Soz.). Bei der Hauptwahl erhielten die Konservativen 8937, die Sozialdemokraten 5.807, die Liberalen 4.557 Stimmen.

**Nrostock (bisher Soz.).** Gewählt: Lind (wildl.) mit 15.141 St. gegen Dr. Herzfeld (Soz.) mit 13.832. Am 25. Januar erhielten die Sozialdemokraten 12.814, die Nationalliberalen 8.288, der Kandidat der Freisinnigen Volkspartei 7.073 Stimmen.

**Güstrow-Niemberg (bisher konf.).** Gewählt: von Treuenfels (konf.) mit 8.882 Stimmen gegen Knappe (Soz.) mit 5.670 Stimmen. Bei der Hauptwahl erhielten die Konservativen 7.482, die Sozialdemokraten 5.411, die Liberalen 4.058 Stimmen.

**Medenbourg-Strelitz (bisher Reichspartei).** Gewählt: Rauch (Reichspartei) mit 12.515 Stimmen gegen Pusch (Soz.) mit 8.673 Stimmen. Am 25. Januar erhielt Rauch 8.822, Pusch 6.930, der Nationalliberalen 5.488 Stimmen.

**Chemnitz-Lippes.** Gewählt: Bräuermann (Reichspartei) mit 30.49 Stimmen. Es erhielt Klingenberg (Soz.) 12.855 Stimmen. (Bisher Bräuermann, Reichspartei).

Den angedeutlichen Besitzstand der an den vorigestrichenen Wahlen beteiligten Parteien im neuen Wahlgebiet, wie er sich unter Angabe der Ergebnisse der Hauptwahlen vom 25. Januar und der Sonnabend-Stichwahlen darstellt, zeigt folgende Tabelle.

	Konservativen	Lib. Mandate	Vertreten	Gewonnen
Nationalliberalen	48	5	6	
Reichspartei	21	10	12	
Kreis. Vereinigung	8	2	6	
Sozialdemokraten	29	25	1	
Reichspartei	10	5	2	
Wirtschaftl. Ver.	5	—	—	
Wildliberalen	1	—	1	

### Kleinbürgertum und Sozialdemokratie.

Wie die Sozialdemokratie über das Kleinbürgertum deutet, geht aus einer Wahlbetrachtung des sozialdemokratischen Maurer-Verbandsblattes mit besonderer Deutlichkeit hervor. Als "äußerliche" Ursache der sozialdemokratischen Niederlage betrachtet das Maurer-Organ die Wahlbeteiligung der "sozi völker Differenzen". Vorausgehend, dass letztere aus dem Kleinbürgertum allein bestehen, schreibt das Blatt des Maurer-Verbandes wörtlich:

"So geistig verklärt dieser Kleinbürgertum des politischen Lebens auch ist, er brachte es noch fertig, einen nationalen Stimmzettel aufzurichten. Von der phänomenalen Unkenntnis und Unzulänglichkeit dieser Sumpfsfrüchte macht man sich nur sehr schwer einen Begriff, aber

zum Niederschlagen der proletarischen Wähler langt es immer noch."

Den kleinbürglerischen "Sumpfsfrüten" ist diese Einschätzung durch ein ausgesprochen sozialdemokratisches Beurteilungsblatt für die Stichwahl zur Beleidigung empfohlen. Eine Bevölkerungssicht, die von der Sozialdemokratie gemacht bejammigt wird, weil sie anders abstinkt als die "Gesessen" es sich dachten, sollte den letzten Wählern angehören aufzutreten, um mit dem Stimmzettel in der Hand ihrem sozialdemokratischen "Beutellern" den verdienten Dank abzustatten.

**Deutsches Reich.** Nach der "Mil.-pol. Rott." soll der Kaiser erklärt haben, dass er sozialpolitische Versprechungen durch Offiziäre, wie sie im 18. Armeeordens eingetragen waren, nicht wünsche. Der Kriegsminister hat diese falsche Willensmeinung den Kommandobehörden mitgeteilt.

Die Fürstin Anna, Mutter des regierenden Fürsten zu Solingen-Wernigerode, ist Sonnabend nachmittag an Lungenerkrankung gestorben.

Nach einer Meldung der Korrespondenz Hoffmann sind vom 31. Januar bis 2. Februar in Nürnberg die Kommissionen der beteiligten deutschen Regierungen versammelt gewesen, um über die Einführung von Schlafabstaben abzurathen. Hierbei handelt es sich um die Fortsetzung der schon im Dezember des vorigen Jahres abgehaltenen Beratung.

In der Schadensfallklage des Holzarbeiter-Schutzverbandes gegen den Deutschen Holzarbeiterverband, dessen Sitz in Stuttgart ist, gegen dessen Geschäftsstelle in Hamburg-Altona und gegen deren derzeitigen Geschäftsführer Neumann wegen Monatstrücks aus Anlass der Maifeier hat das Landgericht in Hamburg folgendes Urteil gefällt: "Die Vorwürfe gegen die Beteiligten der Klage sind gründlich abgewiesen." Die Beteiligten gegen die Geschäftsstelle haben sich sofort in die englische Botschaft begeben.

**Augsburg.** Am Block wurde der Gardemarie-Oberrichter Bickel während eines Spaziergangs in der Nähe der polnischen Kirche erschossen. Der Mörder entlief. — In Wartburg fand in einer Angst von Arbeiternhäusern der Gewerkschaftsstraße eine Haustür zu, die zur Verhaftung von mehr als hundert Arbeitern führte.

**Altmühl.** Die Kammert verschloß, die 1907 ablaufenden Maßnahmen zur Förderung der Industrie auf ein Jahr zu verlängern; Maschinen werden bevorzugt werden, sofern sie mit Sozialdemokraten in die Stichwahl kamen, die Mehrheit erlangten. Es wurden am Sonnabend gegen 6 Uhr mittags in Paris eingetroffen und vom englischen Botschafter Sir Francis Verrier empfangen worden. Die Majestäten besuchten sich sofort in die englische Botschaft.

**Nußdorf.** Am Block wurde der Gardemarie-Oberrichter Bickel während eines Spaziergangs in der Nähe der polnischen Kirche erschossen. Der Mörder entlief